Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 05/57. Jahrgang | Mai 2026 | Schutzgebühr: 0,40 €

Aufruf der DKP zum 1. Mai: Für Arbeit, Frieden, Solidarität! Streikfähig statt kriegstüchtig!

Täglich wird über Betriebsschließungen, über den Abbau von Arbeitsplätzen berichtet. Dahinter steht nicht, dass zu wenig Arbeit da wäre. Tatsächlich nehmen die Arbeitslast und als Folge Krankentage und Arbeitsunfälle zu, damit für Aktionäre mehr Profit herauskommt. Sie bestellen bei der Politik mehr Druck, und die liefert: Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz und die Rente, Abschaffung des ersten bezahlten Krankheitstages und der Pflegestufe 1. Wo bleiben die Milliarden? Sie werden exportiert und in Rüstung gesteckt, mehren den Profit der Konzerne.

Gegen den Druck hilft nur eins: **Klassenkampf! In den Betrieben! Mit politischen Fragen auf der Straße!** Immer mehr Kolleginnen und Kollegen wird klar, dass nicht „Partnerschaft“ zwischen Kapitalisten und Arbeitern, sondern der solidarische Kampf von uns Arbeitern eine Antwort liefert. Nicht Kungelei mit Kapital und Kabinett halten die Angriffe auf, sondern die Aufklärung, Organisation und Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung. Dafür stehen wir am 1. Mai: **Bruch mit der Sozialpartnerschaft, auf zur Verteidigung unserer sozialen und demokratischen Rechte gegen Kapital und Kabinett!**

„Wir brennen für Klassenkampf statt für Krieg & Krise“
(1. Mai 2025 in Dortmund, Bild: UZ-Archiv)

Die Herrschenden bereiten Krieg vor. Dem brutalen Angriff auf den Iran wird Beihilfe geleistet, der Völkerrechtsbruch wird verteidigt. Mit höheren Preisen dürfen wir bezahlen, was niemand von uns bestellt hat: zivil-militärische Zusammenarbeit, Militarisierung von Gesundheitssystem und Logistik, Wiedereinführung der Wehrpflicht. Wir sollen dafür verheizt werden, dass deutsche Banken und Konzerne ihren Einfluss in der Welt behalten.

Fortsetzung auf S. 2

Attraktive Gießener Innenstadt – ohne zusätzliche verkaufsoffene Sonntage!

Städte zwischen Frankfurt und Kassel versuchen seit Jahren, ihr Image aufzupolieren und sich als moderne Mittelzentren zu präsentieren. Das soll über den Einzelhandel erfolgen und nach Möglichkeit durch verkaufsoffene Sonntage. Wetzlar, Gießen und Marburg – jeder will Kunden in seine Stadt locken; oftmals mittels dubioser Veranstaltungen. Denn nach geltendem Recht bestätigt durch diverse Gerichtsurteile kann nur anlassbezogen an Sonntagen geöffnet werden. Stattdessen wäre es angebracht, zu überlegen,

Fortsetzung auf S. 2

Illusion Klimaneutralität S. 2
Kurz und Gießen: MRZ LCK OO / Fahrradständer in Gießen
Selenski würdiger Preisträger? S. 3
Nach den Wahlen: zahlen! S. 5
Mehr arbeiten / Wer profitiert vom Benzinpreis? S. 6
Iran / Kuba S. 7

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung von Seite 1: **Aufruf der DKP zum 1. Mai: Für Arbeit, Frieden, Solidarität! Streikfähig statt kriegstüchtig!**

Dagegen regt sich Widerstand – gewerkschaftliche Friedensbeschlüsse und die Friedenskonferenzen, Großdemonstrationen der Friedensbewegung, die Bewegung der Jugend gegen die Wehrpflicht und die Schulstreiks. Unsere Arbeits- und Lebensbedingungen können wir nur im Frieden erkämpfen. Dafür stehen wir am 1. Mai auf: **Für unsere Arbeitsplätze, für den Frieden, für Solidarität! Streikfähig statt kriegstüchtig!**

- **Die Kriege des Kapitals sind nicht unsere Kriege! Kampf den Rüstungsmilliarden, den Mittelstreckenraketen, der Wehrpflicht!**
- **Kampf für bessere Löhne, für soziale Absicherung, gegen die Arbeitshetze, für starke Gewerkschaften und Betriebs- & Personalräte!**

Fortsetzung von Seite 1: **Attraktive Gießener Innenstadt – ohne zusätzliche verkaufsoffene Sonntage!**

wie Innenstädte auch ohne Sonntagsöffnungen attraktiver werden können.

Dauerhaftes Ärgernis ist der Wirrwarr unterschiedlichster Öffnungszeiten der verschiedenen Geschäfte. Da fährt der Kunde doch gleich ins Forum nach Wetzlar, wo unter einem Dach gleiche Öffnungszeiten gelten. Vorschlag: einheitliche Kernöffnungszeiten in der Innenstadt. Dann können sich auch die Kunden orientieren und diese Kernzeiten können offensiv beworben werden.

Im Erfinden sog. Events, die verkaufsoffene Sonntage ermöglichen sollen, zeigen Stadt und Handel einige Kreativität. Was gab es da schon alles: Tuchmarkt, Frühlingserwachen, Sport in der City, Liebigs Suppenfest und vieles mehr. Das Suppenfest wurde durch die „Allianz für einen freien Sonntag“ gerichtlich überprüft und fiel durch. Seitdem bleiben beim Suppenfest in Gießen die Läden sonntags zu!

Im Nachgang zur Gründung der AfD-Jugendorganisation im November 2025 wurden wieder Stimmen laut, die einen zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntag forderten. Damit sollte der Umsatzverlust am ersten Adventswochenende ausgeglichen werden. Auch Oberbürgermeister Becher hat sich verständnisvoll in der Presse dazu geäußert; wohlwissend, dass eine Öffnung mit dieser Begründung rechtlich nicht möglich ist.

Gefragt sind Ideen für eine attraktive Innenstadt, die Handel, Gastronomie, Touristik, Kleingewerbe und Wohnen einbeziehen sowie ein intelligentes Verkehrskonzept, das auch den störenden Lieferverkehr im Fußgängerbereich einschließt. Und öffnet endlich eine Innenstadt-Kita!

Helmut Appel

Auch in Gießen: Klimaneutralität bis 2035 ist eine Illusion

In der Hochzeit der Klimabewegung, das war in den Jahren vor der Corona-Pandemie, gab es in vielen Städten Bürgerbegehren mit dem Ziel, den jeweiligen Ort bis 2035 „klimaneutral“ zu machen. Klimaneutral – das bedeutet vor allem, dass nur noch so viel CO_2 in die Atmosphäre gelangt, wie durch natürliche Prozesse oder technische Maßnahmen ausgeglichen wird. In vielen Städten wurden von den Parlamenten entsprechende Ziele beschlossen, kurzfristige Maßnahmen zur Umsetzung blieben meistens vage.

Die Klimabewegung ist inzwischen nahezu verschwunden. Die damals mobilisierten Massen konnten nicht langfristig organisiert werden. Stattdessen entstanden kleine Gruppen, die mit Einzelaktionen große mediale Aufmerksamkeit erreichten, einen großen Teil der Bevölkerung aber eher abschreckten. Politisch setzte die Bewegung vor allem auf die Partei der Grünen. Diese war aber schon auf dem Wege, den Kampf gegen Russland und China für wichtiger zu halten als den gegen den Klimawandel.

Von den kleinsten Gemeinden bis zu Weltkonferenzen kann man das

gleiche beobachten: Formal wird an den langfristigen Zielen festgehalten, fast nie wird das durch kurzfristige Maßnahmen untermauert. Klimaneutralität ist zu einer heuchlerischen Parole geworden. Gießen hat jetzt wieder einen Klimabericht vorgelegt. Der Inhalt ist ernüchternd: Die CO2-Emissionen durch den Straßenverkehr sind gestiegen. Klimaneutralität bis 2035 ist ohne massive Maßnahmen nicht mehr erreichbar. Beim heutigen Stand von Wissenschaft und Technik müsste das nicht sein. Allerdings wären dazu hohe Investitionen erforderlich. Die Fernwärme könnte zügiger ausgebaut werden mit Wärmequellen aus Boden und Oberflächenwasser. Der Öffentliche Nahverkehr könnte mit viel mehr Buslinien und einer Regiotram den motorisierten Individualverkehr stark reduzieren. Das Geld wäre da – aber es ist den Händen weniger Multimilliardäre oder wird für Kriegsvorbereitung ausgegeben. Mit dem Geld, das für Soldaten, Waffen und Munition ausgegeben wird, könnte der Klimawandel noch abgewendet werden.

Für die Menschheit gibt es zwei große Risiken: den Klimawandel und einen nuklearen Weltkrieg. Dass die Kriegsgefahr durch Verhandlungen verringert und sogar beseitigt werden kann, hat sich in der Vergangenheit bereits gezeigt. Der Kalte Krieg, der jederzeit zu einem Atomkrieg hätte führen können, fand nach langen und geduldigen Verhandlungen ein Ende. Mit dem Klima kann man dagegen nicht verhandeln.

Gernot Linhart

Kurz und Gießen

Hat die Staatsanwaltschaft sonst nichts zu tun?

Seit Wochen ist die Gießener Staatsanwaltschaft damit beschäftigt, zu klären, ob das Zeigen eines Schildes mit der kryptischen Aufschrift „MRZ LCK OO“ eine schwere Straftat wegen Verstoßes gegen den neuen §288 StGB, den berüchtigten Majestätsbeleidigungs-Paragrafen sei. Haben die sonst nichts zu tun? Gerichte und Staatsanwaltschaft klagen ständig wegen angeblicher Überlastung. Gerichtsverhandlungen wegen schwerer Verbrechen finden oft erst Jahre nach der Tat statt, Zeugen können sich dann kaum noch erinnern. Aber wenn es um MRZ geht, lassen die Damen und Herren alles andere stehen und liegen und verschwenden ihre Zeit damit, einer Schülerin wegen eines nur Eingeweihten verständlichen Schildes das Leben zu versauen.

Sticker bei jungewelt: ***www.jungewelt-shop.de/Sticker-Mrz-lck-25-Stk*** – Gewinn geht als Spende an den Antirepressionsfonds.

29 Fahrradständer in Gießens Pampa, aber nicht am Gießener Wochenmarkt

Ein würdiger Preisträger

Dem ukrainischen Herrscher Selenski wurde von der Roosevelt-Stiftung ein Preis für das Eintreten für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verliehen. Selenski, dessen reguläre Amtszeit schon längst abgelaufen ist, musste schon mehrere engste Mitarbeiter und Vertraute wegen nachgewiesener schwerer Korruption entlassen. Er selbst verfügt über Konten mit hohen Einlagen in bekannten Steuerparadiesen. In der Ukraine sind alle Parteien und Organisationen, die sich für Verhandlungen mit Russland einsetzen, verboten. Die Gewerkschaften wurden enteignet, die Russisch-Orthodoxe Kirche wurde verboten und enteignet, aber parallel wurde eine „Ukrainisch-Orthodoxe Kirche“ gegründet, der Eigentum und willfähriges Personal der bisherigen Kirche übertragen wurde. Die Teile des Personals, die sich widersetzten, wurden in den Untergrund getrieben. Die Gläubigen können sich nur noch heimlich treffen. Die russische Sprache, für ca. 40% der Bürger die Muttersprache, wurde aus der Öffentlichkeit verbannt, Bücher und andere Medien in dieser Sprache wurden vernichtet. Ein glänzendes Beispiel für Rechtsstaatlichkeit!

Gernot Linhart

Ahnungslose Berater

Die Bundesregierung setzt gerne Beratungsgremien ein, um Maßnahmen (fälschlicherweise Reformen genannt) zulasten der Bevölkerung vorzubereiten. Bei den Beratern, die zur Renten und zur Krankenversicherung hinzugezogen wurden, handelte es sich ausschließlich um Professoren. Bemerkenswert ist, dass keiner der Gefragten von den zu behandelnden Themen selbst betroffen ist. Keiner von ihnen musste beim Lesen seiner Rentenankündigung erschrecken – er kann mit etwa 70% seiner letzten Bezüge rechnen. Keiner von ihnen musste Wochen oder Monate auf einen Facharzttermin warten. Und keiner kann sich vorstellen, wie es ist, wenn man am Ende des Monats entscheiden muss, ob man mit seinen letzten Euros ein Rezept einlöst oder notwendige Lebensmittel kauft. Wer auf solche Berater setzt, zeigt damit, dass er lieber gegen als für den größten Teil der Bevölkerung regiert. GL

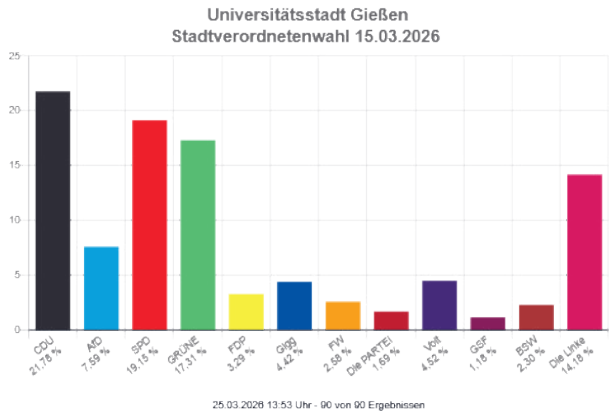
Ostermarsch in Gießen

„Wir fordern, friedensfähig zu sein statt erstschlagfähig! Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen mit Wiesbaden als Einsatzzentrale! Abzug aller Mittelstreckenwaffen aus ganz Europa!“ Das sagte Martina Lennartz, die auch die Veranstaltung moderierte, am 4. April anlässlich der Ostermarschveranstaltung des Friedensnetzwerkes auf dem Hiroshima-Platz. In weiteren Redebeiträgen ging es gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Aufrüstung und Militarisierung werden den Frieden nicht näherbringen. DGB-Kreisvorsitzender Klaus Zecher kritisierte den massiven Sozialabbau. Christian Momberger fragte nach den fehlenden friedenspolitischen Alternativen, der Diplomatie, der Kooperation und Dialogbereitschaft. Edgar Göll (Kuba-Solidarität) kritisierte die Blockadepolitik der USA. Marie Gillissen (Bundesvorstand von Pax Christi) wünschte innergesellschaftlichen Frieden. Aktivistin Ilse Staudt, die selbst in Büchel gegen den dortigen Fliegerhorst der US-Truppen demonstrierte, verlas die Grußbotschaft aus Büchel an die bundesweiten Ostermärsche und forderte den Abzug der 20 Atombomben der Streitkräfte der USA aus der Eifel.

Die Iranerin Amira, deren Eltern und Schwester in Teheran leben, appellierte an Deutschland, sich nicht länger an dem Krieg gegen Iran zu beteiligen, denn sie will nicht akzeptieren, dass mit ihren Steuergeldern die Waffen finanziert werden, die ihre Heimat zerstören und möglicherweise ihre Familie ermorden. Sie betonte, Krieg sei noch nie eine Lösung gewesen, noch nie der Weg zur Demokratie. Eine Änderung könne nur durch das eigene Volk geschehen.

Neben dem Vogelsberger Liedermacher Broder Braumüller trat auch der Chor der Solidarität der Stadt auf (siehe links). Anschließend ging ein Demonstrationszug zum Kriegerdenkmal am Landgraf-Philipp-Platz. Vor dem Zeughaus verlas Christian Momberger vom Friedensnetzwerk ein Grußwort des Bündnisses *Friedlicher Hessentag*, das keine Bundeswehr bei den Hessentagen haben will. ML

Wiedergewählt – vielen Dank!



Bei den Kommunalwahlen erhielt Martina Lennartz (DKP) mit dem neu angetretenen Wahlbündnis Gießen – sozial und friedenstüchtig (GSF) 1,18% der Stimmen und konnte somit zum dritten Mal in Folge in das Gießener Stadtparlament einziehen.

Martina Lennartz

Nach den Wahlen: zahlen!

Nach den Wahlen heißt es zahlen. Dieser Satz wird sich in nächster Zeit einmal mehr bewahrheiten: Die Landtagswahlen im Süden und die Kommunalwahlen in Bayern und in Hessen sind vorbei. Bereits jetzt lässt sich voraussagen, dass der nächste Generalangriff auf unsere Brieftaschen vorbereitet wird. Im Großen wie im Kleinen. Merz und Klingbeil fordern, dass wir mehr und länger arbeiten sollen und wollen die erkämpften Leistungen des Sozialstaats schleifen. Täglich neue Vorschläge und Forderungen: später in Rente, Krankenversicherung für Familienangehörige streichen, höhere Zuzahlungen in Klinik und beim Arzt, Mehrwertsteuererhöhung … Was kommt noch?

Imperialistische Kriege wie jetzt in Iran und Libanon treiben die Preise für Sprit, Heizung und Lebensmittel nach oben. Die Rüstungsmilliarden fehlen bei der Bildung, im Gesundheitswesen, bei Infrastruktur, Klimaschutz und im Sozialbereich.

Und auch kommunale Leistungen stehen immer mehr unter Druck: Gebühren- und Grundsteuererhöhungen werden garantiert kommen. Kommunale Einrichtungen verkommen oder werden geschlossen, da die Städte und Gemeinden unter den von oben verordneten Belastungen fast zusammenbrechen und ihnen die notwendigen Finanzmittel von Bund und Land vorenthalten werden.

Trotzdem äußern Kommunalpolitiker aus CDU und SPD nur zaghafte Kritik, da ihre Parteien in großen Koalitionen in Wiesbaden und Berlin die Richtung vorgeben: Kriegstüchtig werden und aufrüsten, was das Zeug hält! Von dieser Politik profitieren die Rüstungskonzerne und „Heuschrecken-Fonds“, die Großbanken und die Superreichen. Zahlen muss das Volk.

„Die da oben“ werden diese zerstörerische Politik fortsetzen, wenn „wir hier unten“ uns das gefallen lassen. Was wir brauchen, sind kämpferische Gewerkschaften und Sozialverbände, die nicht nur konsequente Tarifkämpfe führen, sondern ihre Kraft auch gegen sozialen Kahlschlag und Aufrüstungspolitik einsetzen.

Was wir brauchen, sind auch Kommunalpolitiker, die die kommunale Selbstverwaltung verteidigen und gegen das Kaputtsparen der Kommunen aktiv werden.

Und was wir vor allem brauchen, ist die kollektive Gegenwehr der Menschen in unserem Land gegen die Kriegsgewinnler von Rheinmetall & Co., von Abzockern wie Shell und Esso, von Lobbyisten wie Merz, Reiche und Spahn.

Wir sind die große Mehrheit. Unsere Klasse hat grundlegend andere Interessen als die Klasse der Großaktionäre, Großkapitalisten und Superreichen.

Nur wenn wir uns dessen bewusst sind, werden wir die Angriffe auf unsere sozialen Errungenschaften zurückweisen und die Kraft entwickeln, die notwendig ist, um gesellschaftliche Veränderungen in unserem Sinne zu erkämpfen.

Martina Lennartz

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo / DKP Gießen Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: ***giessen@dkp.de***
Internet: ***www.giessen.dkp.de***

Mitmachaktion: Wo bleiben die Milliarden?

2025 hat der Bundestag das Grundgesetz geändert und unbegrenzte Schuldenaufnahme für militärische Aufrüstung ermöglicht. Zeitgleich wurde ein „Sondervermögen“ für Investitionen in die Infrastruktur beschlossen. Doch von dem Geld kommt nichts bei uns an. Gigantische Summen werden für die Aufrüstung ausgegeben, während die Situation dort, wo wir leben, immer schlechter wird.

Ob allein oder mit anderen bei einer Aktion: Wir wollen aufzeigen, wo die Milliarden fehlen, die in die Rüstung fließen.

So kannst Du mitmachen:

1. Vorlage für einen Aufkleber herunterladen oder hier abfotografieren und ausdrucken oder z.B. im UZ-Shop bestellen und damit die Einrichtung oder den Ort markieren, wo Milliarden fehlen.
2. Kurzen Bericht mit Informationen zu den dort fehlenden Geldern formulieren und in die digitale Karte auf der Website hochladen.

https://nie-wieder-krieg.org/wo-bleiben-die-milliarden

Mehr arbeiten – auf weniger Arbeitsplätzen

In den Medien kann man jeden Tag lesen oder hören: Konzerne geben bekannt, wie viele Arbeitsplätze sie in den nächsten Monaten abbauen und welche Betriebe sie ganz schließen wollen. Arbeitsmarktexperten erläutern, in welchen Branchen Menschen durch sogenannte künstliche Intelligenz ersetzt werden können. Und wie reagieren die Politiker fast aller Parteien? Ihr müsst mehr arbeiten, Arbeitszeiten müssen verlängert werden, Feiertage müssen wegfallen, wer nicht bettlägerig ist, soll arbeiten gehen. Dabei müsste eigentlich jeder erkennen: Im Land wird nicht zu wenig produziert, sondern es fehlen Kunden für die produzierten Waren. Viele Menschen haben zu wenig Geld, um notwendige Artikel zu kaufen. Exportorientierte Betriebe stellen nicht mehr die Waren her, die von den Kunden verlangt werden. Durch den von Politikern befohlenen Verzicht auf preisgünstige Energieträger aus Russland sind viele Exportartikel nicht mehr konkurrenzfähig. In China werden die aus Deutschland importierten Verbrenner als Kutschen für die ältere Generation angesehen, die angebotenen E-Autos sind den einheimischen Produkten unterlegen. Bei Komponenten für die Wind- und Solarenergie war Deutschland bis vor zehn Jahren Weltmarktführer. Durch politische Entscheidungen wurden diese Branchen ruiniert. Leidtragende waren die Beschäftigten. Als Arbeitslose sollen sie nun nach dem Willen der Politiker und der Unternehmer so schnell wie möglich jeden noch so miesen und schlecht bezahlten Job annehmen.

Während hunderttausende Arbeitsplätze abgebaut werden, steigen die Aktienkurse und Dividenden. Die von den Beschäftigten erarbeiteten Gewinne werden nicht dazu verwendet, um Betriebe zukunftsfähig zu machen und Arbeitsplätze zu sichern. Nicht einmal Mahnungen von Politikern an die Kapitalseite sind zu hören. Nur Kampfbereitschaft der Arbeitenden und ihrer Gewerkschaften kann verhindern, dass die jetzigen und zukünftigen Veränderungen der Weltwirtschaft allein zulasten der arbeitenden Menschen gehen.

Gernot Linhart

Wer profitiert vom Benzinpreis?

Die Menschen stöhnen aktuell unter den Energiepreisen, insbesondere unter den Treibstoffkosten. Die meisten Leute fahren nicht deswegen täglich Auto, weil es ihnen Spaß macht, sondern weil sie darauf angewiesen sind. Besonders die ärmeren Schichten sind von der aktuellen Preisexplosion betroffen. Der öffentliche Personennahverkehr ist häufig keine Alternative.

Der Benzinpreis setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen: fixe Energiesteuer, CO_2-Kosten, 19% Mehrwertsteuer, Rohöl, Raffinerie, Transport, Vertrieb und Gewinnmargen.

Das bedeutet für das Jahr 2026 pro Liter: Energiesteuer 65,45 Cent, CO_2-Preis zwischen 15,7 und 18,6 Cent, Mehrwertsteuer von 19% (die auch auf die übrigen Preisbestandteile erhoben wird) sowie Vorsteuerkosten. Der ADAC beziffert den Steuer- und Abgabenanteil bei Benzin Anfang April 2026 im Durchschnitt auf 54%.

Unmittelbar profitieren also der Staat und das Mineralölkapital. Die Konzerne kennen dabei nur ein Ziel: die Maximierung ihrer Profite. Die Gewinnmargen sind schwer zu ermitteln, weil die Konzerne diese verschleiern. Einige wenige Ölkonzerne haben den Markt unter sich aufgeteilt und sprechen die Preise untereinander ab. Selbst dem Bundeskartellamt fiel dies – wenn auch spät – auf, und es leitete Anfang 2025 ein Verfahren wegen möglicher Preisabsprachen ein.

In der aktuellen Situation wäre es für den Staat kein Problem, den Steueranteil zu senken und damit sofort einen Preiseffekt zu erzielen. Die Bundesregierung versucht dies nur sehr zaghaft – der Markt regelt ja bekanntlich alles: Für zwei Monate wird die Energiesteuer um etwa 17 Cent pro Liter gesenkt. Die eigentlichen Preistreiber (Steuern, CO_2, Ölmarkt) bleiben jedoch unangetastet.

So hat z. B. Belgien ein System der Preiskontrolle, das in Westeuropa am stärksten in den monopolistisch geprägten Ölmarkt eingreift. Dort gilt für jedes Erdölprodukt ein gesetzlicher Höchstpreis, der werktäglich nach einer bestimmten Formel (*Contrat-programme*) berechnet wird.

In Kombination mit einer Senkung der Energiesteuer und des CO_2-Preises könnte durch eine vergleichbare Maßnahme auch hier eine dauerhafte Preisentlastung erreicht werden.

Henning Mächerle

Strategischer Sieg des Iran?

Um die aktuelle Entwicklung des Krieges gegen den Iran einzuordnen, lohnt sich ein Vergleich mit dem Vietnamkrieg. Die USA hatten zwar die meisten Schlachten gewonnen, den Krieg letztlich jedoch politisch verloren und mussten 1975 abziehen. Die UdSSR und China unterstützten Vietnam massiv, ohne mit eigenem Militär einzugreifen – ähnlich wie heute China und Russland den Iran unterstützen. Die materiellen und menschlichen Verluste waren für Vietnam ungleich höher als für die USA, ähnlich wie im aktuellen Krieg gegen den Iran.

Der Irankrieg läuft seit dem 28.02. und war von den beiden Angreifern seit Jahrzehnten geplant.

Die Verhandlungstaktik der USA folgt einem einheitlichen Muster: Druck, Verhandlungsangebot und Rückkehr zu Druck. Es war klar, dass weder der 10-Punkte-Plan des Iran (u. a. Aufhebung aller Sanktionen, Beibehaltung der Urananreicherung, Abzug der US-Truppen) noch der 15-Punkte-Plan der USA (u. a. vollständige Aufgabe des Atomprogramms) für die jeweils andere Seite annehmbar ist.

Unmittelbar vor den Verhandlungen in Pakistan bestanden die USA auf ihrem 15-Punkte-Plan, dann folgte der erste Schwenk. Trump sprach davon, dass der iranische Plan eine Verhandlungsgrundlage sein könne, gleichzeitig bezeichnete US-Vizepräsident Vance den Plan als „nicht ernst zu nehmen“. Nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen kehren die USA zur Eskalation zurück: Sie drohen erneut mit Angriffen und ordnen eine Seeblockade gegen den Iran an.

Es gelang dem Iran, eine Art Mautsystem (in chinesischen Yuan) in der Straße von Hormus zu etablieren. Für die arabischen Golfstaaten wurde deutlich, dass auf die Sicherheitszusagen der USA wenig Verlass ist, und der Angriffskrieg von Israel und den USA hat beide Staaten international zunehmend isoliert.

Allein der Umstand, dass die USA direkt mit dem Iran verhandeln, ist ein großer Erfolg für den Iran und zeigt, dass der Widerstand Wirkung zeigt. Der Nimbus der Unbesiegbarkeit der USA und Israels schwindet.

Henning Mächerle

Westliche Wertegemeinschaft bei der Arbeit

Kuba – Inselstaat im Würgegriff

Die Lage auf Kuba spitzt sich immer weiter zu, nachdem es den USA gelungen ist, die Insel fast vollständig von Ölimporten abzuschneiden. Die Infrastruktur des Staates ist weitgehend zusammengebrochen, ÖPNV und Müllabfuhr funktionieren nicht mehr, Elektrizität gibt es nur noch stundenweise. Medikamente und Nahrungsmittel sind oft nur noch auf dem Schwarzmarkt zu astronomischen Preisen verfügbar. Das ehemals vorbildliche Gesundheitswesen ist ein Schatten seiner selbst, denn auch die Krankenhäuser haben mit Stromausfällen zu kämpfen. Die Universitäten sind geschlossen, Schulunterricht kann nur noch sporadisch stattfinden.

Wie viele Menschen durch die verbrecherische Belagerung bereits zu Tode gekommen sind und weiterhin täglich sterben, lässt sich kaum beziffern. Bekannt ist, dass sog. „Sanktionen“ weltweit um ein Vielfaches mehr Todesopfer fordern als direkte Kriegshandlungen. Der Ökonom Francisco Rodriguez von der Universität Denver bezifferte diese für den Zeitraum von 1970 – 2021 mit 38 Mio. Menschen, vorwiegend Kinder und Ältere.

Hier sei an die Belagerung Leningrads durch die deutsche Wehrmacht, die spanische Blaue Division und finnische Truppen erinnert, die nach 872 Tagen von der Roten Armee durchbrochen wurde. Sie forderte geschätzte 1,1 Mio. zivile Menschenleben und wird zu Recht als schweres Kriegsverbrechen und Völkermord angesehen. Die UN-Vollversammlung verurteilte die Blockade Kubas im Oktober letzten Jahres zum 33. Mal, 165 Mitgliedsstaaten stimmten für die Beendigung. Neben den USA stimmt lediglich Israel, das selbst genügend Dreck am Stecken hat, dagegen.

Die nahezu gleichgeschalteten „Leitmedien“ der BRD halten sich zum Thema sehr bedeckt, man tut so, als sei die jüngste Ölblockade Trumps Privatvergnügen und versucht teils den Eindruck zu erwecken, an der Not der Bevölkerung sei der kubanische Staat selbst schuld, „die Kommunisten“ können ja bekanntlich nicht wirtschaften. Trump und Pompeo haben die Stirn, vor Mikrofonen zu behaupten, die Sanktionen seien nicht gegen das kubanische Volk gerichtet. Gegen wen denn sonst? Es soll zu Hungerrevolten aufgestachelt werden und das wird irgendwann funktionieren, wenn nur die Not groß genug wird.

Wir werden weiterhin unsere Stimme erheben: Unblock Cuba!

MD

Spenden für Kuba

Konto: DKP Kreisorganisation, Giessen **Betreff:** Solaranlage, **IBAN:** DE72 5135 0025 0200 5491 46

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** tagte zum ersten Mal das Gründungsparlament der neu gebildeten Stadt „Lahn“. Gießen, Wetzlar und die dazwischen liegenden Gemeinden waren durch ein Landesgesetz zur Stadt Lahn geworden. Das Gremium wurde nicht gewählt, sondern aus Vertretern der aufgelösten Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen gebildet. Trotz fehlender demokratischer Legitimation fasste es weitreichende Beschlüsse. Alle Behörden (Einwohnermeldeamt, Jugendamt, Stadtkasse…) sollte es nur noch einmal geben, die früheren Gemeindenamen sollten wegfallen und durch eine Nummer ersetzt werden. Die Proteste in der Bevölkerung waren so stark, dass die Stadt Lahn nach der nächsten Landtagswahl wieder aufgelöst wurde.

☆

Vor **40 Jahren** gab es bei der Maschinenfabrik Heyligenstedt die Regel, dass an Brückentagen (Freitage zwischen einem Feiertag und einem Wochenende) nicht gearbeitet wurde. Die Geschäftsleitung kündigte diese Betriebsvereinbarung kurzfristig und einseitig auf. Nach Protesten durch den Betriebsrat einigte man sich auf „freiwillige Arbeit“ an diesen Tagen. Aber wer traut sich schon, die freiwillige Arbeitsbereitschaft zu verweigern?

☆

Vor **30 Jahren** gab es in Gießen für 3.700 Ausbildungsplatzsuchende nur 2.850 gemeldete Ausbildungsplätze. DKP und SDAJ forderten „Wer nicht ausbildet, soll zahlen“. Mit dem Geld hätten außerbetriebliche Ausbildungen finanziert werden können – dann würden jetzt weniger Fachkräfte fehlen.

☆

Vor **20 Jahren** bauten Agrarwissenschaftler der Universität auf einem ihrer Versuchsfelder genmanipulierte Futter- und Braugerste an. Für derartige Futter- und Lebensmittel gibt es in Deutschland kaum Akzeptanz. Nach heftigen, nicht nur verbalen, Protesten wurden die Versuche eingestellt.

☆

Vor **10 Jahren** wurde bekannt, dass am privatisierten Uniklinikum Arbeitszeiten von zehn bis zwölf Stunden keine Seltenheit sind. Pflichtbewusste Pflegekräfte wollen ihre Patienten nicht im Stich lassen, deswegen sind sie bei Ausfällen durch Urlaub oder Krankheit zu Überstunden bereit. Die Aktionäre der Rhön AG freuen sich über die so erzielten Gewinne. Inzwischen wurde durch Streiks der Belegschaften eine etwas bessere Personalausstattung durchgesetzt.

☆

DKP **Nein zur Wehrpflicht!**
Unsere Kinder kriegt ihr nicht! **DKP**

Termine

Fragen oder Anmeldungen an *giessen@dkp.de*

Fr. 8.5. ab 12:30 Uhr:
Schulstreik gegen Wehrpflicht – Kirchenplatz (siehe auch S. 5)

Fr. 8.5. ab 17 Uhr:
8. Mai - Befreiung vom deutschen Faschismus, Kundgebung – Kugelbrunnen

Sa. 9.5. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP Gießen – Kugelbrunnen

Mi. 13.5. ab 17:30 Uhr:
Beratung zur Kriegsdienstverweigerung (KDV) – Kaschemme, Sudetenlandstr. 1

Mi. 13.5. um 19 Uhr:
"Unipolare oder multipolare Weltordnung?" – Naher Osten und Lateinamerika; mit dem UZ- und Buchautor Klaus Wagener – Haus der Naturfreunde Wetzlar, Schützenstraße 13

So. 17.5. um 10 Uhr:
Mehr Frust als Lust – Radfahren in Gießen: Radtour mit Gernot Linhart zu unfallträchtigen Stellen

Mi. 20.5. um 19 Uhr:
Gruppenabend DKP Gießen mit Wolfgang Trunk zum Thema Militarismus – Kaschemme, Sudetenlandstr. 1

Fr. 22.5.:
Redaktionsschluss Juni-Echo

Fr. 22. bis Mo. 25.5.:
Pfingstcamp gegen die Wehrpflicht – 91177 Thalmässing, Mitfahrgelegenheiten vorhanden

Mi. 27.5. um 17:30 Uhr:
Beratung zur Kriegsdienstverweigerung (KDV) – Kaschemme, Sudetenlandstr. 1

Fr. 29.5. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI – Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 30.5. um 12:30 Uhr:
Demonstrationen "Keine Mittelstreckenwaffen nirgends!" – Wiesbaden Hauptbahnhof; *www.friedenskooperative.de*

Sa. 6.6. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP Gießen – Kugelbrunnen

Sa. 13.6. ab 12 Uhr:
Demonstration beim friedlichen Hessentag – Fulda Vorplatz des Hauptbahnhofs *www.friedlicher-hessentag.de*

Mach mit! Werde Mitglied in der DKP oder SDAJ